

Autor: Von Florian Kronfeldner
Politik

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 7.021 (gedruckt)¹ 7.072 (verkauft)¹
7.254 (verbreitet)¹

Ressort:
¹ von PMG gewichtet 01/2023
² von PMG gewichtet 7/2022

Reichweite: 0,018 (in Mio.)²

Ziel: Überall 50 Prozent Frauen

Bayerische Grüne unternehmen neuen Anlauf für eine Wahlrechtsreform

München. Die Bayern-Grünen wollen das Wahlrecht im Freistaat reformieren. Die Landtagsfraktion stellte am Freitag einen Gesetzentwurf vor. Das „Hälfte-der-Macht-Gesetz“ soll genau gleich viel Frauen und Männer in den Landtag bringen. „Wir nehmen die Verfassung ernst“, sagte Katharina Schulze, Grünen-Fraktionsvorsitzende im Landtag. Sie beruft sich auf Artikel drei des Grundgesetzes, nach dem der Staat die Gleichberechtigung von Mann und Frau fördern und auf „Beseitigung bestehender Nachteile“ hinwirken solle.

Hintergrund ist laut Schulze, dass Frauen in der bayerischen Politik dramatisch unterrepräsentiert sind. Während Frauen die Hälfte der Gesellschaft ausmachen würden, seien jedoch „von 205 Landtagsabgeordneten nur 27 Prozent“ Frauen. „Es ist endlich an der Zeit, dass sie entsprechend ihres Bevölkerungsanteils an den politischen Entscheidungen beteiligt werden.“ Auf Freiwilligkeit wolle sie dabei nicht mehr setzen: „Seit Jahrzehnten reicht diese allein nicht aus.“

Der Gesetzentwurf sieht vor, die Stimmkreise von aktuell 91 auf 44 zu verkleinern. Der Wähler soll dafür zwei Erststimmen erhalten. Der Wähler könne dabei die Erststimme an unterschiedliche Parteien vergeben, sagte Eva Letten-

bauer, Landeschefin der bayerischen Grünen. Dennoch ergatterte in jedem Stimmkreis nur der Mann als auch die Frau mit den meisten Stimmen das Direktmandat, egal welcher Partei. Auch bei der Zweitstimme soll sich etwas ändern. Zwar solle jede Partei ihre Liste so aufstellen, wie sie das möchte. Allerdings werden laut dem Grünen-Vorschlag die Listenmandate nach der Wahl paritätisch auf Frauen und Männer von jeder Parteiliste aufgeteilt.

„Dazu werden die Sitze abwechselnd auf die Kandidatin mit der jeweils höchsten Stimmzahl und dann auf den Kandidaten mit der jeweils höchsten Stimmzahl verteilt“, heißt es im Entwurfspapier der Grünen. Personen, die sich keinem der beiden Geschlechter zurechnen, sollen entscheiden können, ob sie auf dem Frauen- oder Männeranteil bei der Erststimme oder auf der Parteiliste kandidieren wollen.

Insgesamt würde der Grünen-Vorschlag bedeuten, dass jeder Wähler drei statt wie bislang zwei Stimmen bei einer Wahl zur Verfügung hätte. Lettenbauer betonte allerdings, dass eine Reform freilich nicht für die anstehende Landtagswahl in diesem Jahr zu realisieren sei, sondern frühestens für spätere Landtagswahlen, etwa 2028.

Auch Hälfte des Kabinetts soll weib-

lich werden

Zudem wollen die Grünen in der bayerischen Verfassung verankern, dass die Hälfte der Kabinettsmitglieder weiblich sein muss. Dazu wäre allerdings eine Verfassungsänderung mit der Zustimmung von zwei Dritteln des Landtags nötig, außerdem eine Zustimmung der Bevölkerung per Volksentscheid.

Rechtliche Untermauerung erfahren die Grünen durch ein über hundertseitiges Gutachten der Rechtsprofessorin Silke Laskowski von der Universität Kassel. Sie bescheinigte dem Entwurf am Freitag, mit der bayerischen Verfassung konform zu sein. „weil kein Eingriff in die Nominierungspraxis der Parteien, nur in die nachträgliche Zuteilung“ der Mandate erfolge. Laskowski sei sich „sicher, dass dieser Entwurf jeder verfassungsrechtlichen Prüfung standhält.“ Sie halte nicht einmal eine Verfassungsänderung für zwingend notwendig.

Die Chancen indes auf Realisierung sind wohl gering. Bereits 2019 scheiterte ein ähnlicher Grünen-Vorschlag im Landtag. Schulze freut sich jedoch auf eine Diskussion: „Die Abgeordneten können sich entscheiden und die Bürger dann sehen, wer es ernst meint mit der Geschlechterparität in der Politik.“

Abbildung: Katharina Schulze, Grünen-Fraktionschefin im Landtag, will ein neues Wahlrecht. Foto: Karl-Josef Hildenbrand/dpa
Fotograf: Karl-Josef Hildenbrand
Wörter: 492
Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - Zeitungsgruppe Straubinger Tagblatt/Landshuter Zeitung
Ort: München